

Studiert man aufmerksam die Dokumente unserer Partei, so zeichnen sich deutlich zwei grundsätzliche gesellschaftspolitische Entwicklungsorientierungen ab, deren Zusammenhang für viele nur allzuoft ein unklarer bleibt, ja mitunter sogar als ein gegensätzlicher erscheint. Einerseits findet man die wiederholte Betonung der Notwendigkeit der ideologischen Arbeit in allen Bereichen unserer Gesellschaft — bezeichnet diese als das Herzstück der Parteiarbeit, andererseits findet sich dann aber wieder, wie z.B. in der Rede des Genossen E. Hanseker vor den I. Kreissekretären der SED, die unmissbare Feststellung, daß die heutige zusehender Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab und damit das Menschheitsgeschick überhaupt wesentlich an der ökonomischen Front von Wissenschaft und Technik entschieden wird.

Politisch klar motivierte Haltung ist die Grundlage

Die Frage stellt sich, geht es hier um gegensätzliche Prioritätsetzungen der gesellschaftlichen Entwicklungsorientierung unserer Republik, handelt es sich also um ein „entweder — oder“, bestenfalls noch um ein „Sowohl-als-auch“ oder läßt sich der Zusammenhang nicht besser durch ein „Das eine vermittelt das andere“ begründen. Eine Klärung dieses Zusammenhangs, die allerdings nur kurz skizzierend angedeutet werden kann, bildet dabei auch die Grundlage für die Begründung des Selbstverständnisses eines derzeitigen Studenten in der Ausbildung als Hochschullehrer für marxistisch-leninistische Philosophie über seine zukünftige gesellschaftliche Funktion als Lehrer im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium (MLG). Fragt man also nach dem Zusammenhang von ideologischer Arbeit und der Leistungssteigerung, insbesondere in den volkswirtschaftlichen Bereichen Wissenschaft und Technik, so verweist dies auf philosophisch-theoretischer Ebene zunächst auf das allgemeine Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaften. Eine Erörterung dieses drisanten und stark diskutierten Problemfeldes kann und soll hier jedoch nicht geleistet werden. Uns geht es in „praktischer Konkretisierung“ dieses Verhältnisses bezogen auf unsere zukünftige Tätigkeit als Hochschullehrer im MLG, im eigentlichen Sinne vielmehr um das Verhältnis von Lehre resp. Lehrenden im MLG und zukünftigen Wissenschaftlern und Kadern für alle Bereiche der Volkswirtschaft. Um unsere diesbezügliche zukünftige Aufgabenstellung und Verantwortung erfassen zu können, muß hier auf die grundsätzliche Einheit von Wissenschaft und Ideologie im Marxismus hingewiesen werden. Ausgehend von diesem Tatbestand erklären sich dann auch die zwei u.E.



FDJ-Studenten der Sektionen Marxistisch-leninistische Philosophie und Wissenschaftlicher Kommunismus während einer gemeinsamen Beratung. Foto: Rosenbusch

Wie Philosophiestudenten in die Ökonomie eingreifen wollen

Gedanken von Beststudenten der SG 79-04, Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie, zur Verantwortung künftiger Lehrer im MLG

grundlegenden Anforderungen bzw. Verantwortungsbereiche, denen ein zukünftiger Lehrer im MLG Rechnung tragen muß. Dies sind erstens die Vermittlung eines wissenschaftlich-methodischen Instrumentariums zur Erfassung weltanschaulich-politischer und einseitwissenschaftlicher Problemstellungen und zweitens die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, die es ermöglichen, eine politisch klar motivierte Stellung innerhalb unserer Gesellschaft einzunehmen. Letzteres bildet dabei den Schwerpunkt unserer zukünftigen Tätigkeit, denn nur aus einer engagierten, parteilichen Stellungnahme zu den Problemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung kann die für die 80er Jahre erforderliche Leistungsbereitschaft jedes Wissenschaftlers und Werktätigen erwachsen. Spätestens an diesem Punkt wird einsichtig, wie der einigungsproblematisierte Zusammenhang zwischen ideologischer Arbeit und Leistungssteigerung in den Bereichen Wissenschaft und Technik

zu fassen ist. Zugespitzt ließe sich behaupten, daß die Realisierung der Forderung nach dem heute noch oft vermißten spezifischen sozialistischen „Zwang zur Kreativität“ letztlich im entscheidenden Maße vom Kampf um die Hirne der Menschen, d. h. von der Qualität der ideologischen Arbeit abhängt. In Vorbereitung auf unsere spätere Tätigkeit als Hochschullehrer im MLG, eine Tätigkeit, die somit als gesellschaftlich äußerst bedeutsam angesehen werden muß, gilt es auch für uns, im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Forderung nach Leistungssteigerung gerade im derzeitigen Studium zu unternehmen.

Theorie und Praxis sind nicht zu trennen

Dazu gehören neben der im Zusammenhang mit der Wissenschaftlich-methodischen Konferenz (WMK) gegebenen Orientierung auf eine gezielte Gestaltung und Nutzung der gesellschaftspolitischen Praktiken

während des Studiums und der Fortcierung der eigenständigen Anlehnung des Lehrstoffes vor allem auch die verstärkte Einbeziehung von Studenten in die Forschungsprojekte der Sektion (Forschungsseminare u. ä.) sowie eine kontinuierliche Verbindung von Studium und gesellschaftlicher Arbeit, um damit den zukünftig im MLG Lehrenden ein sowohl theoretisch als auch politisch und pädagogisch entwickeltes Profil zu geben. Handlungsleitender Gedanke all dieser Bemühungen, dies sollte hier deutlich gemacht werden, ist das Bewußtsein, daß der Zusammenhang von Ideologie und Ökonomie für uns Philosophiestudenten nicht nur Gegenstand theoretischer Reflexionen bleiben darf, sondern daß dieser Zusammenhang ein wichtiges entwicklungsstrebendes Moment unserer Gesellschaft ist, das wir in unserer zukünftigen Tätigkeit in der Praxis durchsetzen müssen.

Darin sehen wir für uns den verpflichtenden Auftrag der Brechtischen Rede vom Marxismus als „eingelötetem Denken“.

Es galt schnell zu sein und dennoch eine ruhige Hand und Übersicht zu bewahren

Vom 7. Wettkampf um den Pokal der Freundschaft berichtet

Zweifelnd mögen sich in den Morgenstunden des 27. Februar wohl manche der Organisatoren und Teilnehmer des 7. Wettkampfes um den Pokal der Freundschaft auf den Weg zum NVA-Schießplatz „Panzerpoligon“ gemacht haben. An einem Sonntagabend bei fünf Grad minus und dichtem Nebel war es gar nicht sicher, ob die Reservisten ihre Schießfertigkeiten aneinander würden messen können. Die Mehrzahl der gemeldeten Mannschaften war pünktlich am Ort. Die Arbeit der Kameraden unseres GST-Kreisvorstandes, die gemeinsam mit der Zentralen Leitung der Reservistenkollektive

den Wettkampf vorbereiteten, hätte sich also gelohnt.

Die Kampfrichter und Aufsichtshabenden waren eingewiesen. Auch die Verpflegung stand bereit. Den Schießplatz, das Scheibefeld und einen geeigneten Aufenthaltsraum hatte die Einheit Hack, mit der unsere GST-Kreisorganisation seit Jahren ein Freundschaftsvertrag verbündet, zur Verfügung gestellt.

So konnten nach einem kurzen Eröffnungsspiel schon die ersten Kämpfer die Ausgangslinie beziehen. Und dann galt es, schnell zu sein und dennoch eine ruhige Hand und

die Übersicht zu bewahren, denn beim Schützenwettbewerb gewinnt die Mannschaft, die zuerst die Scheiben des Gegners bekämpft hat. Ist die Scheibe eines Schützen getroffen, muß er selbst das Feuer einstellen.

Viel Konzentration und Reaktionsvermögen hatten daher auch die Kampfrichter aufzubringen.

Bald zeigte sich, daß die Mannschaften jener Sektionen, die in den vergangenen Jahren erfolgreich waren, sich auch unter erschwerten Bedingungen favorisierten. Regelmäßiges Training zahlte sich aus.

Am Ende holten sich die Reservisten des Bereiches Medizin, denen TV II im vergangenen Jahr den Pokal abgerungen hatte, den vom Zentralen Reservistenkollektiv gestifteten Messingzylinder zurück. Mit einer neuen Gravur versehen, wird er dem Sieger nach der Kreiswehrtsporthilfe überreicht. Über die weiteren Ergebnisse berichteten wir bereits in der Ausgabe 09/82.

Text und Fotos: Peter Riecke



Ein kurzer Appell eröffnete am Sonntagabend, dem 27. Februar, die Wettkämpfe um den Pokal der Freundschaft, der alljährlich unter den Reservisten der Karl-Marx-Universität in der Wache der Waffenbrüderschaft ausgesprochen wird. Zueit Mannschaften aus neun Grundorganisationen waren angetreten. Foto oben: Bei sehr ungunstiger Witterung ließen sich die Aktiven zwischen den Wettkämpfen Backwurst und heißen Tee besonders gut schmecken.



Wieder zurückgekehrt haben sich die Reservisten des Bereiches Medizin den Pokal. Wöchentliches Training zahlte sich aus.

Im Laufe der sechziger Jahre wurde immer deutlicher, daß die alte Ordinariatsuniversität der wachsenden Vergesellschaftung der Arbeit sowie den gestiegenen Ansprüchen an die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Rahmen der verschärften internationalen Konkurrenz — sowohl gegenüber konkurrierenden imperialistischen Ländern als auch gegenüber der gewachsenen Kraft der sozialistischen Länder — nicht mehr gerecht wurde.

Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit und der Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Systems mußten mehr Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung schneller in die materielle und auch in die ideologische Produktion einfließen. Zugleich war der Akademiker-Ausstoß der Hochschulen beträchtlich zu erhöhen. Diese objektiven Notwendigkeiten führten zu verstärktem Geldmitteleinsatz für diesen Sektor, zu einem quantitativen Ausbau der Universitäten. Die Studentenzahlen stiegen in die Höhe. Neben dem quantitativen Ausbau versuchte man im wesentlichen durch die inhaltliche Umstrukturierung, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Das Hochschulgesetz von 1969 sollte in diesem Zusammenhang zwei Funktionen erfüllen:

Erstens sollte es die Umgestaltung der Universitäten im Monopolinteresse gegen die distinktionale gewordene Ordinariatsuniversität, also die technokratische Reform durchsetzen. Und zweitens enthielt es Zugeständnisse an die demokratischen Kräfte unter den Hochschulangehörigen, vor allem an „Mittelbau“ und Studentenschaft, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre den Kampf um demokratische

wurf und Verabschiedung des Westberliner Hochschulgesetzes.

Immer auch reichte das Bewußtsein der kämpfenden Hochschulangehörigen über den Horizont der Hochschulen hinaus. Anfang der siebziger Jahre stand die Solidarität mit den vom Imperialismus unterdrückten Völkern, vor allem dem vietnamesischen Volk, im Vordergrund. Nach dem Sieg des demokratischen Vietnam über den US-Imperialismus spielte der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Berufsverbote, eine große Rolle. Heute ist eine beträchtliche Anzahl von Hochschulangehörigen bereit, sich gegen Faschismus und Neofaschismus, gegen Aufrüstung und Krieg, gegen die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ausschließlich im Interesse des Profits, gegen den Raubbau an der natürlichen Umwelt der Menschen zu engagieren.

Wie wirken sich nun die neuen Entwicklungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Hochschulangehörigen aus? Wir wollen zunächst einige Zahlen ins Gedächtnis zurückrufen, die allein von der materiellen Seite her die gravierende Verschlechterung der Situation aller Hochschulangehörigen belegen.

Die Veränderungen in der Personalstruktur, die Reduzierung der Haushaltsmittel für die Hochschulen, gemessen an steigenden Studentenzahlen, und der damit einhergehende Stellenstopp haben natürlich erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung und die Lage der Studierenden.

Überlastete Lehrende, Wartelisten für notwendige Übungen und Praktika, überfüllte Seminare, unzureichende materielle Ausstattung und nichtbesetzte Stellen bei den „sonstigen Mit-

Der Rotstift und der Sozial- und Bildungsetat

Zur Entwicklung an den Westberliner Hochschulen in den letzten Jahren/Teil 1

Reformen und gegen die autoritären Strukturen der Ordinariatsuniversität aufgenommen hatten. Diese Zugeständnisse zielten auch auf die Integration des demokratischen Potentials ab, und sollte deren Beteiligung an der technokratischen Reform sichern. In den folgenden Jahren wurde unter Nutzung dieser demokratischen Zugeständnisse eine Reihe fortschrittlicher Projekte und Lehrveranstaltungen durchgeführt und Kriterien für eine demokratische Studienreform entwickelt. Hochschulrahmengesetz, die Verabschiedung des Westberliner Hochschulgesetzes Ende 1978, und alle neueren Senatsmaßnahmen sind nun darauf gerichtet, diese demokratischen Ansätze einzudämmen und die Hochschulen dem direkten Zugriff der Konzerne zu unterwerfen. Zugleich erfolgte eine finanzpolitische Umorientierung. Der Verschärfung der Krise Mitte der siebziger Jahre meinten die politischen Verantwortlichen durch erhöhte Zuwendungen an die Monopole Herr werden zu können. Das verstärkte Anziehen der Rüstungsschraube kostete immense Summen. Also wurden Sozial- und Bildungsetat gekürzt. Die relativ fetten Jahre der Bildungspolitik waren vorbei, und zusätzlich zu den gesetzlichen Mitteln konnte der Finanzhebel als Finanzierungsinstrument und zum Abwürgen demokratischer Reformen verstärkt eingesetzt werden. Zugleich wurde und wird die selbstorganisierte Mittelknappheit im Bildungswesen als Sachzwang und notwendige Krisenfolge ausgegeben und dient so der Verschleierung politischer Verantwortung.

Von einer großen Zahl von Studenten wurden diese Angriffe auf fortschrittliche Positionen in Lehre und Forschung, auf die soziale Lage und die demokratischen Rechte der Hochschulangehörigen sowie die materielle Ausstattung der Hochschule einzig unter dem Aspekt der politischen Regression begriffen. Die grundsätzlichen Veränderungen in Inhalt, Struktur und Ausstattung der Hochschulen, die mit der Politik der Herrschenden erreicht werden sollten, wurden nur unvollständig ertastet.

So richtete sich der Protest und die Aktion der Mehrzahl der Studenten eben gegen politische Unterdrückung, gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen Einschränkung der persönlichen Freiheiten, Höhepunkt dieser Aktionen waren die Proteste gegen das Hochschulrahmengesetz, gegen Referentent-

arbeitern“ wirken sich auf die Studenten aus. Zudem verschlechtert sich die soziale Lage der Mehrzahl der Studenten ständig.

Heute sind 93 Prozent gezwungen, durch Arbeit während der gesamten Studienzzeit — also auch während der Vorlesungszeit — ihren Lebensunterhalt zu verdienen, insgesamt 59 Prozent arbeiten in den Semesterferien. Diese Entwicklung hat in den vergangenen Jahren durch steigende Preise zugenommen, denn obwohl die Lebenshaltungskosten 1979 nach Angaben des VDS (Verband deutscher Studentenschaften) bei 581 DM lagen, betrug die Höchstförderungs nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz nur 620 DM. Hinzu kommt, daß bei einem 8 bis 13monatigen Studium bis zu 9000 DM Schulden aus dem monatlichen Darlebensanteil am Stipendium abzubezahlen sind.

Aufgrund der zu wenigen Wohnheimplätze und der unsozialen Politik des Senats sind Hunderte Studenten zu Semesterbeginn ohne Wohnung. Für weniger als 10 Prozent aller Westberliner Studenten stehen Wohnheimplätze zur Verfügung, die noch viel zu teuer sind, denn immerhin kostet ein 10 Quadratmeter großes Zimmer 170 bis 250 DM. Zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen gehören aber gerade im Bereich der Auszubildenden auch die Auswirkungen der sogenannten Studienreform durch den Senat.

Die Festschreibung der Regelstudienzeit im Hochschulgesetz macht ein qualifiziertes Studium weitgehend unmöglich. Nicht mehr die wissenschaftliche Qualifikation und die Vorbereitung auf den angestrebten Beruf sind der Inhalt der Ausbildung, sondern der Anspruch, in möglichst kurzer Zeit, d. h. billig — den Studenten mit möglichst viel unzusammenhängendem Wissen — d. h. vielseitig verfügbar — vollzupunkten.

Fortschrittliche Inhalte werden im Zuge dieser „Reform“ entripelt, sie passen nicht ins Konzept. Die Regelstudienzeit wird selbständiges wissenschaftliches Arbeiten verhindert, sie zerstört kollektive Lern- und Arbeitsformen und fördert den Konkurrenz- und Leistungsdruck. Eine Grundlagenausbildung, auf der aufbauend eine Weiterqualifikation auch während des Berufslebens möglich wäre, findet nicht statt. (Der 2. Teil dieses Beitrages folgt in UZ 11/82.)